

# 15 Kolleginnen mit der Medaille ausgezeichnet



Dr. Käte Schubert erhielt anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentages, zusammen mit 14 anderen hervorragenden Frauen unserer Hochschule - von denen wir hier einige vorstellen -, die Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“. Frau Dr. Schubert aus der Sektion für Erziehungs- und Fremdsprachen ist seit vielen Jahren für die Sprecherausbildung aller unserer Lehrestudentinnen verantwortlich. Durch ihre ständige Einsatzbereitschaft hat sie sich die Achtung ihrer Studentinnen und Kollegen erworben. Unter nicht immer leichtesten Arbeitsbedingungen erreichte sie gute Erfolge in der Unterrichts- und Erziehungsbearbeitung sowie bei ihrer Qualifizierung.



Dipl.-Soz. Christine Kalaidžewa gehört der Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften an und vollbringt in ihrer fachlichen Tätigkeit außerordentliche Leistungen. Sie hat bemüht, ihr Wissen den Studentinnen immer besser zu vermitteln und gewährt so großes Vertrauen, daß sich die Studentinnen auch mit ihren persönlichen Sorgen an sie wenden. Hervorzuheben ist ihre große Aktivität und Einsatzbereitschaft bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben. Genossin Kalaidžewa gehört seit 1987 der Hochschulparteileitung an und setzt sich als Mitglied des Frauenausschusses in vielfältiger Weise für die Förderung der Frauen, insbesondere für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Studentinnen ein.



Dipl. rer. pol. Inge Ebert aus der Sektion Marxismus-Leninismus ist seit 1982 Vorsitzende des Frauenausschusses unserer Hochschule. Ihrer Initiative und ihrer mehrjährigen Kleinarbeit ist es zu verdanken, daß der Frauenanteil es immer besser verstanden hat, die Interessen der Frauen und Mädchen unserer Hochschule wahrzunehmen und mit der staatlichen Leitung sowie mit den gesellschaftlichen Organisationen viele Maßnahmen zur Frauenförderung zu verwirklichen. Sie hat einen großen Anteil an der sozialistischen Bildung und Erziehung der Studentinnen. Besonders verdient sie es, mit ihren Studentinnen einen engen persönlichen Kontakt herzustellen, wodurch sie sich eine hohe Wertschätzung erwirbt.



Kollegin Ilse Lammitzsch ist in der Abteilung Haushalt unserer Hochschulverwaltung als zweite Kapitälschreiberin tätig. Sie nimmt sich durch ein hohes fachliches Wissen aus und erfüllt vorbildlich ihre Aufgaben. Sie scheut weder Zeit noch Mühe, wenn es gilt, erkrankte Kolleginnen zu vertreten. Ihre Hilfsbereitschaft und Kollegialität, ihr immer freundliches und höfliches Verhalten sind besonders hervorzuheben. Neben ihrer nicht geringen Arbeitsbelastung ist sie auch gesellschaftspolitisch aktiv tätig. Seit mehreren Jahren ist sie für die Beitragskassierung aller der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gehörenden Studentinnen verantwortlich. Fotos: Scheiding

# Den Frauen eine klare Perspektive geben

In Vorbereitung des 30. Jahrestages unserer Republik steht uns Frauen mit dem 2. Frauenkongreß im Juni dieses Jahres ein wichtiges Ereignis bevor.

Mit Recht wird im Entschließungsantwort in den Mittelpunkt gestellt, daß die gesellschaftliche Entwicklung unserer Republik während der nächsten Jahre verlangt, alle Vorbehalte, die dem Einsatz von Frauen in Leitungsfunktionen entgegenstehen, energisch zu überwinden. Überall muß sich die Auffassung durchsetzen, daß die Förderung der Frau - und das schließt ihren Einsatz in Leitungsfunktionen ein - Sache des Staates und der ganzen Gesellschaft ist.

In Ableitung dessen erhebt sich die Frage, wie wir an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Realisierung dieser Aufgabenstellung beitragen müssen.

## Mit einer kritischen Analyse beginnen

Der derzeitige Stand der Frauenförderung sollte deshalb in allen Bereichen der Technischen Hochschule im Hinblick auf das gesamte gesellschaftliche Anliegen kritisch eingeschätzt werden. Es genügt jedoch nicht, bei der Analyse stehen zu bleiben, sondern ernsthafte Überlegungen anzustellen, ob bisher konzipierte Maßnahmen ausreichend sind und wie sie realisiert werden.

Es sei mir gestattet, auch im Namen des Frauenausschusses in diesem Zusammenhang einige grundsätzliche Gedanken über die perspektivische Arbeit auf dem Gebiet der Frauenförderung zu äußern.

Bei der Überprüfung der Führungsleistungen der Hochschule hat sich gezeigt, daß die Maßnahmen zur Frauenförderung den staatlichen Leitungen in den Sektionen und Bescheiden nicht als Bestandteil dieser Konzeption, sondern nur als Anhang übergeben wurden. Das hatte zur Folge, daß sich bereits bei der Erarbeitung der gemeinsamen Arbeitsprogramme in den Sektionen im Hinblick auf den gebührenden Platz und den Inhalt der Maßnahmen zur Frauenförderung Mängel ergaben mußten.

In Zukunft muß es zum gemeinsamen Anliegen der staatlichen Leitungen und der gesellschaftlichen Organisationen werden, sowohl den Anteil der Frauen und Mädchen, vor allem in wissenschaftlich-technischen Bereichen, planmäßig zu erhöhen, ihre Perspektive an der Technischen Hochschule zu klären und echte Förderungsmaßnahmen festzulegen.

Grundlage dafür sind gesetzliche Bestimmungen zur Frauenförderung. Insbesondere möchte ich auf die Anordnung über die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und ihre Vorbereitung für den Einsatz in leitenden Tätigkeiten vom 2. Juni 1968, Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck Nr. 545, hinweisen.

Die gemeinsamen Arbeitsprogramme für 1988, die die kollektive Arbeitsgrundlage eines jeden Bereiches sind, weisen z. B. nur ungenügende Maß-

nahmen zur planmäßigen Erhöhung des Mädchenanteils an der Gesamtzahl der Studierenden aus. Konkrete Maßnahmen sind zur Zeit nur in zwei Sektorenprogrammen enthalten, in denen der Sektion Fertigungsprozess und -mittel sowie Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften.

## Mehr Aufmerksamkeit den Studentinnen

Hinzu kommt, daß dem Anliegen einer differenzierten Unterstützung der Studentinnen während des Studiums nur etwa in der Hälfte der Sektionen entsprochen wird. Dringend erforderlich ist es gerade gegenwärtig, die Probleme der in den Internaten untergebrachten Studentinnen und die Einhaltung der Termine für die im Bau befindlichen sozialen Einrichtungen stärker zu beachten.

Die genannten Probleme sind in ähnlicher Form beim weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs vorhanden, dessen Anteil bedrückend ist. Es ist zu sichern, daß während des Studiums mehr als bisher Studentinnen für eine wissenschaftliche Laufbahn an der Hochschule gewonnen werden, wofür ihr Interesse und die Bereitschaft durch vielfältige Maßnahmen geweckt werden sollten.

Um vorhandene Lücken im weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs sehr rasch zu schließen, sollten die Sektionsleitungen festlegen, welche ihrer ehemaligen Absolventinnen für eine Hochschulberufsaufbahn zur Sekundarstufe gewonnen werden können.

Die Entwicklung einer Frau zum Hochschullehrer muß dadurch gesichert werden, daß dieses Ziel nicht durch den nach der Promotion liegenden Einsatz in der Praxis aus den Augen verloren wird. Es sind demzufolge Vereinbarungen über das künftige Einsatzgebiet an der Hochschule anzubahnen.

Unser aller Anliegen muß es sein, daß in naher Zukunft weibliche Hochschullehrer leistungsfähig werden.

## Frauen in der Verwaltung qualifizieren

In den Verwaltungsbereichen geht es weniger um die Erhöhung des Anteils der Frauen, sondern um ihren verstärkten Einsatz in mittleren und leitenden Funktionen. Das kann durch entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen erreicht werden, wie z. B. durch innerbetriebliche Qualifizierungslehrgänge, die nummehr organisiert werden müßten.

Die Hochschulleitung und die gesellschaftlichen Organisationen sollten sich weiterhin auch verstärkt um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen, besonders im Hochschulbereich Reichshainer Straße, bemühen.

Die Verwirklichung der genannten Aufgaben erfordert natürlich sowohl von den Leitern als auch von den Frauen selbst Initiative und Tatkraft, um besonders bis zum 20. Jahrestag unserer Republik gute Ergebnisse in der Frauenförderung zu erreichen.

Dipl.-Soz. Christine Kalaidžewa, Mitglied des Frauenausschusses

# Studentinnen wollen sozialistische Lehrerpersönlichkeiten werden



Barbara Mühlh, FDI-Gruppe 67/8, gehört zu den 10 Studentinnen, die in der Feier der Sektion Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentages für gute Studienleistungen und aktive gesellschaftliche Arbeit vom Direktor der Sektion, Genossen Prof. Dr. Wolfgang Müller, ausgezeichnet wurden. Foto: Scheiding

Am 13. März fand im Interhotel „Moskau“ die Feier der Sektion Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen anlässlich des Internationalen Frauentages statt.

Prof. Dr. Wolfgang Müller begrüßte die Studentinnen und betonte besonders, daß in der Sektion die Maßnahmen zur Frauenförderung weiter verbessert werden müssen. Besonders kommt es darauf an, die vorstehenden Konstruktivleistungen von Studentinnen zu vermeiden, die nicht auf schlechte Leistungen, sondern auf familiäre Schwierigkeiten und Krankheit zurückzuführen sind.

In persönlichen Aussprachen kam zum Ausdruck, daß die Studentinnen besonders für die Durchsetzung des wissenschaftlich-produktiven Studiums wirken wollen. Viele Studentinnen sehen im Beschlußentwurf des Staatsrates zur Weiterführung der 3. Hochschulreform den Weg für eine rasche sozialistische Persönlichkeitsentwicklung. Sie sind sich bewußt, daß sie besonders als FDI-Studentinnen den Kampf gegen Schwierigkeiten für die Durchsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse führen müssen.

Ein Hauptanliegen der Sektion besteht darin, alle Studentinnen auf das schulpraktische Semester gründlich vorzubereiten, damit sie auch termingemäß in die Schulpraxis eintreten können. Besonders wollen unsere Studentinnen bei den Schwerpunktaufgaben der FDI mitwirken; bei der

- ständigen Verbesserung der klassischen Erziehung der Studentinnen;
- Gestaltung des wissenschaftlich-produktiven Studiums;
- bei der Mitgestaltung des Ferienlagers der Technischen Hochschule in Klautdorf;
- Erarbeitung eines Studienführers;
- Mitarbeit an Ausleihkonzeption der einzelnen Lehrbereiche;
- Tätigkeit als Gruppenleiterin in der Ernst-Thälmann-Oberschule in Karl-Marx-Stadt.

Auch in Gesprächen mit Vertretern der einzelnen Lehrbereiche wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Frauenförderung in der Sektion besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Zwischen unseren und den ausländischen Studentinnen der Sektion kam es zu herzlichen und interessanten Gesprächen auch über das Studium. Das unterstrich den Charakter dieser Veranstaltung, die dem Internationalen Frauentag galt. Aber die gemeinsame Aussprache, eine engere Zusammenarbeit, sollten das ganze Jahr über entwickelt und gepflegt werden.

Klaus Hofmann, Wissenschaftl. Sekretär

# Ein Mann - eine Stadt - ein Status

Historische Rückenerinnerungen anlässlich einer Provokation I. Teil

Am 8. März dieses Jahres meldete das „Neue Deutschland“: „Der SP-Kandidat Dr. Gustav Heinemann ist am Mittwochabend widerrechtlich in der selbständigen politischen Einheit Westberlin zum neuen Bonner Bundespräsidenten gewählt worden.“

Es ist eine in zweierlei Hinsicht bemerkenswerte Meldung. Sie regt an nachzudenken; über den Mann, der da neuer Bonner Bundespräsident geworden ist, und über den Status der Stadt, genauer noch, über den Teil der Stadt, in dem diese Wahl widerrechtlich vollzogen wurde.

## Ein redlicher Mann ...

Einem „redlichen Mann“ hat der progressive katholische Publizist Wilhelm Karl Gerst in seinem 1957 bei uns erschienenen Buch „Bundesrepublik Deutschland unter Adenauer“ den jetzigen Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav Heinemann genannt. Und Gerst hatte ihm dieses Attribut nicht ohne eine gewisse Berechtigung zuerkannt.

Der damals der CDU angehörende Dr. Heinemann wurde 1949 Innenminister des ersten Bonner Spalterkabinetts unter Adenauer. Seine verschiedenen Differenzen mit Dr. Konrad Adenauer erreichten im Spätsommer 1960 ihren Höhepunkt und führten im Oktober zu seinem Rücktritt.

Hinter dem Rücken des Volkes, ohne Wissen des Bundestages, ja selbst ohne auch nur das Kabinett zu informieren, hatte Adenauer am

30. August dem amerikanischen Hochkommissar McCloy in einem geheimen Memorandum die Bemilitarisierung Westdeutschlands angeboten. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen führten dazu - wie Wilhelm Karl Gerst schrieb - daß Heinemann „der einzige Bundesminister (bis zu A. H.) der hocherborenen Hauptes des Palais Schaumburg, den Regierungsrat Adenauers verließ, weil er als redlicher Mann eine verdingelte Politik ... nicht ... mit seinem Namen zu decken und zu verantworten bereit war“.

Im Januar 1962 begründete er, zusammen mit der ehemaligen Zentrumsgewerkschafterin Helene Wessel, die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, aus der 1962 - unter seinem Vorsitz die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ hervorging. Im November desselben Jahres verließ er die Reihen der CDU.

Er trat damals, zum Beispiel in einer großen Versammlung am 21. Januar 1962 in Hamburg, für die Verständigung der Deutschen in beiden Staaten ein und sagte der Bemilitarisierung des imperialistischen Westdeutschlands den Kampf an.

In diesem Zusammenhang sei hier vorweggenommen:

Seit seinem Amtsantritt als Justizminister des Kiesinger-Struß-Brand-Kabinetts der sogenannten großen Koalition, am 1. Dezember 1966, wurden - wie das „Neue Deutschland“ vom 6. März 1968 berichtete - bis heute in Westdeutschland etwa 3000 Gerichtsverfahren allein gegen junge Demokraten und Antifaschisten eingeleitet, die sich gegen Notstandsgesetzgebung und Not-

standspolitiken zur Wehr setzten, die mit ihren Forderungen nach Anerkennung der DDR für die friedliche Verständigung zwischen den Deutschen in beiden Staaten eintraten und sich gegen die hemmungslose Rüstungspolitik im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals wandten.

Die Gesamtdeutsche Volkspartei Dr. Heinemanns lehnte die Politik der Bemilitarisierung und der Westintegration der Bundesrepublik ab, wie sie von der CDU/CSU unter Adenauer, betrieben wurde. Ihr Ziel war ein kapitalistisches, parlamentarisch-demokratisch regiertes Gesamtdeutschland in den Grenzen von 1937. „Die politische Haltung Heinemanns“ - so „Die westdeutsche Partei“ (Berlin 1966) -, „die nicht ohne seinen von christlichen Vorstellungen ausgehenden Humanismus verständlich ist, brachte die Bestrebungen verschiedenster Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie zum Ausdruck, die in der antinationalen Politik der herrschenden Fraktion des Monopolkapitals eine große Gefahr erkannten.“

Ein bedeutsamer Erfolg blieb der Gesamtdeutschen Volkspartei Heinemanns infolge der antikommunistischen Vorurteile ihrer Mitglieder, infolge ihrer zwiespältigen und inkonsequenten Politik, infolge ihrer Ablehnung sich im Kampf mit der Arbeiterklasse zu verbinden, allerdings versagt. Sie löste sich im Jahre 1957 schließlich auf. Ihren Mitgliedern wurde empfohlen, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

So kam es, daß Dr. Gustav Heinemann 1957 Mitglied der Sozialdemo-

kratischen Partei, ihrer Bundestagsfraktion und im Mai 1958 ihres Parteivorstandes wurde. Und mit dieser Partei entwickelte sich Heinemann vom Interessensvertreter bestimmter Kreise der nichtmonopolistischen Bourgeoisie immer mehr zum Sachwalter der großen, in der Bonner Bundesrepublik herrschenden, aggressiven Monopole.

## ... sank zum Bonner Bundespräsidenten

Die westdeutsche SP-Führung begann mit der außenpolitischen Bundestagsdebatte im Juni 1960 ihren offenen Übergang auf die Linie der CDU/CSU, der Hauptpartei der im Bonner Staat herrschenden Monopole. Auf dieser schiefen Ebene ging es sehr schnell bergab, bis zur völligen Unterwerfung unter die politische Linie der Struß, Kiesinger und Schröder in der großen Koalition.

Und der Dr. Dr. Gustav Heinemann ging diesen Weg mit.

Als Justizminister der Kiesinger-Struß-Berndt-Regierung lehnte er es strikt ab, das 1966 widerrechtlich gefällte KPD-Verbotsurteil aufzuheben. Auf der anderen Seite aber ließ er Nazi- und Kriegsverbrechen seinen Schutz angeordnet und wirkte für ihre Rehabilitierung. Wiederholt wandte er sich gegen die UNO-Konvention über die Unverjährbarkeit von Nazi- und Kriegsverbrechen. Symptomatisch für sein Wirken in dieser Richtung waren die Freisprüche des Richters am ehemaligen

Hiltschen Volkgerichtshof, Behse, und des SS-Mörders Nehtlich.

„Am Zustandekommen und an der schrittweisen Durchführung einer der einschneidendsten Unrechtsmaßnahmen der Regierung der großen Koalition, der Notstandsdiktatur-Gesetzgebung“, - schrieb das „Neue Deutschland“ vom 6. März dieses Jahres - „ist Heinemann neben den anderen Bonner SP-Ministern in hohem Maße mit beteiligt.“ Und weiter: „Entgegen den wachsenden Forderungen auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei nach völkerverrechtlicher Anerkennung der DDR durch die Bonner Regierung und anderen Schritten zur Gewährleistung der europäischen Einheitsheit beharrt auch Heinemann auf den Positionen der revanchistischen Alleinvertretungsmaßnahme und der Veränderung des Status quo in Europa.“

So ist es kein Wunder, daß die Monopole in diesem Politiker ihren Mann sahen, als es darum ging, für den ehemaligen KZ-Baumeister Heinrich Lübke einen neuen Bundespräsidenten zu finden. Er bietet ihnen die Garantie - so ebenfalls das „Neue Deutschland“ vom 6. März - „für die Unterstützung der Revanche- und Expansionspolitik nach außen so wie einer weiteren staatsmonopolistischen, antidemokratischen Formierung im Inneren.“

So sank Dr. Dr. Gustav Heinemann, der einstmalige „hocherborene Haupt“ des Palais Schaumburg verließ, vom Adenauer-Opponenten zum Bonner Bundespräsidenten.

Dipl.-Historiker Alfred Hüper, Sektion für Marxismus-Leninismus